

Burgdorf, 9. November 2017

## Medienmitteilung

## **Entlastungspaket 2018**

## Behindertenkonferenz unterstützt die Anträge der Minderheit der Finanzkommision

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk unterstützt die Haltung der Minderheit der Finanzkommission, die sich gegen Einsparungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit ausspricht. Es kann nicht sein, dass die Menschen im Kanton Bern, die auf Unterstützung angewiesen sind, den Preis für die Steuersenkungen bezahlen oder dass Kosten in andere Bereiche verschoben werden.

Die kbk bedauert es, dass die Minderheitsanträge der FIKO keine Mehrheit fanden. Sie erachtet insbesondere die Kürzungen bei der nicht-stationären Psychiatrieversorgung und die Reduktion des Pools "Integration und besondere Massnahmen" als widersinnig, da diese Kürzungen zu Kostenverschiebungen in die stationäre Psychiatrie bzw. in den Behindertenbereich und damit zu Mehrkosten führen. Auch unterstützt die kbk die Haltung der Minderheit der FIKO, die auf Massnahmen im Behindertenbereich verzichten will, solange die Umsetzung des Behindertenkonzepts nicht sichergestellt ist.

Die kbk wird sich auch in Zukunft vehement dagegen wehren, dass Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, den Preis für Steuersenkungen bezahlen müssen. Generell warnt die kbk vor Einsparungen bei niedrigschwelligen und wohnortsnahen Leistungen, die Menschen mit Behinderungen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das führt in der Regel zu Kostenverschiebungen oder gar zu Mehrkosten. Die kbk fordert deshalb vom Regierungsrat und vom Grossen Rat eine gesamtheitliche Betrachtungsweise.

## Kontakt für Rückfragen:

Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin, Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk, Tel. 079 593 26 80

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist ein Dachverband von etwa 45 bernischen Behindertenorganisationen aus Fach- und Selbsthilfe. Sie vertritt behinderungsübergreifend die Interessen der Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen. Insbesondere engagieren wir uns für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.